

Die neue Volkspartei

Klima- und Umweltschutz ernst nehmen

Das Konzept der neuen Volkspartei

Der Schutz unseres Klimas und unserer Umwelt geht uns alle an. Unsere größten Errungenschaften bringen uns wenig, wenn wir dabei unseren Planeten und unsere Umwelt zerstören. Das ist eine der großen Herausforderungen unserer Generation: Wir müssen sicherstellen, dass unser Lebenswandel unserem Klima und unserer Umwelt keinen irreversiblen Schaden zufügt. Dafür müssen wir unsere Treibhausgasemissionen jetzt reduzieren und mit unseren Ressourcen nachhaltig umgehen.

Teil I: Klimaschutz

Unser Ziel: CO₂-Neutralität bis 2045

Wir als neue Volkspartei wollen alles tun, um in Österreich und in Europa unserer Verantwortung für den Klimaschutz gerecht zu werden. Grundlage für unser Handeln sind die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens (Erderwärmung deutlich unter 2 °C) sowie die Ziele der Europäischen Union zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 (minus 36 Prozent gegenüber 2005). Diese Verpflichtungen wollen wir mit Maßnahmen im Inland erfüllen, ohne Abstriche. Wir wollen aber noch mehr erreichen. Wir wollen, dass **Österreich bis 2045 gänzlich CO₂-neutral wird** – dass wir entweder kein CO₂ mehr ausstoßen oder alle Emissionen kompensieren. Im Gegensatz zu anderen Industrienationen wollen wir dieses Ziel aber **ohne den Einsatz von Nuklearenergie** erreichen.

Wir wollen so mit gutem Beispiel vorangehen und beweisen, dass Nachhaltigkeit, soziale Verträglichkeit und Wirtschaft einander nicht widersprechen – ganz im Sinne unserer langen Tradition der **ökosozialen Marktwirtschaft**.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, muss der Klimaschutz in Österreich zur politischen Chefsache erklärt werden, in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Es braucht eine großangelegte **Innovationsoffensive** sowie den **entschlossenen Beitrag** jeder Österreicherin und jedes Österreichers. Darüber hinaus müssen wir uns auf **europäischer und internationaler Ebene** dafür einsetzen, dass Klimaschutz überall zur politischen und gesellschaftlichen Priorität wird – denn das Ziel der Klimaneutralität können wir nur alle gemeinsam erreichen.

1. Klimapolitik muss zur Chefsache werden

Damit Österreich bis 2045 als eine der ersten Industrienationen CO₂-neutral werden kann, ohne Nuklearenergie einzusetzen, braucht es einen umfassenden nationalen Schulterschluss aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und den tatkräftigen Einsatz jedes und jeder Einzelnen.

In der Politik müssen wir über Parteigrenzen zusammenarbeiten, um Klima- und Umweltschutz zur absoluten Priorität zu machen. Aufbauend auf den richtigen Rahmenbedingungen, müssen wir gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft das öffentliche Bewusstsein für Klima- und Umweltschutz stärken.

- **Einführung Klimaaktionsplan:** Unsere Ziele der CO₂-Neutralität, des Pariser Klimaschutzabkommens und des EU-Reduktionspfades müssen aufbauend auf der Klima- und Energiestrategie #mission2030 in einen klaren politischen Plan übersetzt werden. Dieser Klimaaktionsplan muss die richtigen Rahmenbedingungen für effektiven Klima- und Umweltschutz bieten. Es braucht steuerliche Anreize und Förderungen, um fossile Brennstoffe immer mehr durch erneuerbare Energieträger zu ersetzen – im Verkehr, in der Industrie und im Wohnraum. Es muss sichergestellt werden, dass diese Umstellung sozial gerecht stattfindet und die heimische Wirtschaft international wettbewerbsfähig bleibt.
- **Umsetzung durch Klimakabinett:** Die Erarbeitung und Umsetzung des Klimaaktionsplans muss ressortübergreifend und in direkter Abstimmung mit den Ländern geschehen. Verantwortlich für Umsetzung und Abstimmung wird ein Klimakabinett sein, in dem die Regierungsspitze und beteiligte Ministerinnen und Minister zusammenarbeiten – vor allem Bundeskanzleramt, Nachhaltigkeitsministerium, Finanzministerium, Infrastrukturministerium und Wirtschaftsministerium. Alle anderen Ressorts, wie zum Beispiel Wissenschaft und Bildung, werden je nach Bedarf hinzugezogen.
- **Regelmäßige Fortschrittsevaluierung:** Der Klimaaktionsplan soll, nach internationalem Vorbild, alle vier Jahre erneuert werden und jährlich einer Fortschrittsevaluierung unterzogen werden. Auch sollen künftige Budgets mit diesem Plan in Einklang sein.
- **Klimakommission und Klimacheck:** Eine externe Klimakommission aus unabhängigen Wissenschaftler/innen und Expert/innen wird die Politik beim Fortschritt entlang der Klimaziele fachlich beraten, wie es auch etwa in Schweden und Deutschland der Fall ist. Dazu gehört auch ein verpflichtender Klimacheck für neue Gesetze und Verordnungen.
- **CO₂-neutrale Verwaltung:** Die Politik muss auch mit gutem Beispiel vorangehen und sicherstellen, dass die öffentliche Verwaltung als erster Sektor CO₂-neutral wird.
- **Das öffentliche Bewusstsein muss gestärkt werden:** Wir wollen die Lehrpläne aller Schulstufen dahingehend erneuern, dass das Bewusstsein für Klima- und Umweltschutz gestärkt wird und jeder weiß, wie er oder sie beitragen kann: vom Konsum regionaler Produkte, über die Nutzung des öffentlichen Verkehrs bis hin zum nachhaltigen, regionalen Urlaub.

- **Die Wirtschaft soll eine aktive Rolle spielen:** Auch sollen österreichische Unternehmen das wachsende Klima- und Umweltbewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher als Chance wahrnehmen können. Aufbauend auf dem Vorbild der „Fossil Free Sweden Initiative“, sollen österreichische Unternehmen zeigen können, welchen Beitrag sie leisten, um Österreich bis 2045 CO₂-neutral zu machen und welche Vorteile das für klima- und umweltbewusste Konsumenten bringt. Das kann nachhaltige Produkte und Dienstleistungen beinhalten, genauso wie großangelegte, innovative Mitfahrbörsen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- **Die täglichen Entscheidungen jedes Einzelnen werden den Unterschied machen:** Das stärkste und wirksamste Mittel gegen den Klimawandel ist und bleibt die freie Entscheidung jedes Einzelnen, bewusster zu leben und nachhaltiger zu konsumieren. Die Politik muss sicherstellen, dass jeder Mensch in Österreich diese Möglichkeit hat – ungeachtet der sozialen Situation. Den entscheidenden Schritt muss aber jeder von uns selbst machen, wenn wir gemeinsam Erfolg haben wollen.
- **Staatsziel Klimaschutz:** Um die politische und gesellschaftliche Bedeutung des Klimaschutzes gesetzlich entsprechend hervorzuheben, soll das bestehende Staatsziel Umweltschutz in der Bundesverfassung um ein deutliches Bekenntnis zum Klimaschutz ergänzt werden.

2. Wir gehen die Problembereiche beim CO₂-Ausstoß an: Verkehr und Gebäude

Die Treibhausgasemissionen Österreichs sind zum Teil bereits europäisch geregelt. Der Großteil unserer Industrie-Emissionen etwa ist in den europäischen Zertifikatehandel (ETS) eingegliedert, der das Erreichen der EU-Klimaziele sicherstellt. Die wichtigsten Bereiche in unserer heimischen Verantwortung sind daher Verkehr und Wohnen. Hier wollen wir ansetzen, um Österreich zum Innovationsvorreiter zu machen.

- **Nachhaltiger Individualverkehr:** Wir wollen eines der ersten Länder Europas sein, in dem Verkehr und Mobilität auf erneuerbare Energie baut – sei es durch Elektrizität, Wasserstoff oder biogene Kraftstoffe. Neben der bestehenden Förderung der E-Mobilität braucht es hier künftig einen verstärkten Ausbau neuer Ladeinfrastruktur. Auch sollen Unterstützungsleistungen (z.B. Pendlerpauschale) und Abgaben (z.B. NoVA) künftig ökologischer gestaffelt und sozial gerechter werden.
- **Flächendeckender öffentlicher Verkehr:** Wir wollen eine flächendeckende, leistbare öffentliche Verkehrsanbindung sicherstellen – im urbanen und im ländlichen Raum. Die Umsetzung der geplanten Nahverkehrsmilliarde wird hier ein wichtiger nächster Schritt. Bis zur Realisierung dieser Maßnahmen sollen innovative Initiativen wie etwa Mitfahrbörsen verstärkt zum Einsatz kommen.
- **Energieeffiziente Gebäude:** Wir wollen eines der ersten Länder Europas sein, in dem die Energieversorgung im Wohnraum großteils mit erneuerbarer Energie erfolgt. Hierfür braucht es eine noch leistungsfähigere Nutzung erneuerbarer Energiequellen (Solar, Biomasse, Wind und Wasser), verstärkten Einsatz von Biogas und synthetischen Gasen sowie verstärkte Speicherkapazitäten und verbesserte Gebäudeisolierung. Der Staat muss hier die richtigen Anreize setzen, wie steuerliche Erleichterungen bei der Gebäudesanierung und der Nutzung von Eigenstrom (z.B. aus Solarpanelen) sowie Förderung von nachhaltigen Baustoffen wie etwa Holz.

Eine Ökologisierung der Bauordnung soll auch helfen, verbesserte Standards im privaten und öffentlichen Wohnbau zu setzen (z.B. Wärmedämmungsvorschriften, erneuerbare Heizungen). Die Einschränkung der fortschreitenden Bodenversiegelung soll im Rahmen eines bundesweiten Flächenwidmungsplanes umgesetzt werden.

3. Wir wollen bis 2030 die Wasserstoff-Nation Nummer 1 weltweit werden

Der Individualverkehr ist derzeit stark geprägt vom Verbrennungsmotor. Auch wenn die Verbrennungsmotoren immer effizienter und schadstoffärmer werden, sind sie dennoch abhängig von fossilen Brennstoffen, die sich sehr negativ auf die CO₂-Bilanz auswirken. Die österreichische Automobil-Zulieferindustrie ist derzeit stark vom Einsatz von Verbrennungsmotoren abhängig. Wenn wir uns von dieser Abhängigkeit lösen wollen und auch in Zukunft als Standort auf die Automobil-Zulieferindustrie setzen wollen, müssen wir die Unternehmen in Österreich heute bereits dabei unterstützen, dass sie Kompetenzen und Wettbewerbsvorteile bei alternativen Antriebstechniken aufbauen. Eine der alternativen Antriebsformen, die großes Potential für die Zukunft hat, ist der Antrieb durch Wasserstoff – einerseits durch die Verbrennung von Wasserstoff selbst und andererseits als Energieträger in einer Brennstoffzelle. Neben dem weiteren Ausbau der E-Mobilität ist die Antriebstechnologie basierend auf Wasserstoff eine der Zukunftshoffnungen, um den CO₂-Ausstoß im Verkehr nachhaltig zu reduzieren. Darüber hinaus wird das Know-how in der Wasserstofftechnologie auch in vielen anderen Anwendungsbereichen außerhalb der Mobilität wichtig sein, um CO₂-Emissionen zu reduzieren (z.B. Industrieprozesse, „Greening the Gas“ und Energiespeicherung). Deswegen wollen wir als Land stark auf diese Technologie setzen und bis 2030 international Vorreiter in Forschung, Entwicklung und Anwendung in diesem Bereich werden.

- **Entwicklung einer nationalen Wasserstoff-Strategie „H2-Ö“:** Wir müssen als Standort gemeinsam mit den wichtigsten Stakeholdern aus Forschung und Wirtschaft klare Ziele definieren, wo wir die Schwerpunkte in der Wasserstofftechnologie setzen wollen und welche konkreten Maßnahmen notwendig sind, damit wir diese Ziele bis 2030 erreichen.
- **Gründung eines Wasserstoff-Zentrums:** So wie wir in den vergangenen Jahrzehnten Zentren und Industrie-Cluster in der Zulieferindustrie aufgebaut haben, müssen wir auch in dieser vernetzten Form an die neuen Schwerpunkte für unseren Standort herangehen. Dafür braucht es auch aktives Anwerben von Experten im Bereich des Wasserstoffs und aktive Betriebsansiedelungen von innovativen Unternehmen, die in diesem Bereich führend sind.
- **Forschungsschwerpunkte auf Entwicklung der Wasserstoff-Technologie:** Österreich investiert bereits jetzt sehr viel in Forschung und Entwicklung im internationalen Vergleich. Wenn wir uns international als Wasserstoff-Land positionieren wollen, müssen wir auch die entsprechenden Schwerpunkte in unserer Forschungsförderung setzen und in den kommenden 10 Jahren mit Investitionen von zumindest 500 Millionen Euro rechnen.
- **Ausbau von Wasserstoff-Tankstellen:** Wasserstoff-Technologie soll auch im Verkehr eingesetzt werden. Dafür braucht es ein gut ausgebautes Netz von Wasserstoff-Tankstellen. Die entsprechenden Anreize und rechtlichen Rahmenbedingungen sind dafür zu setzen, dass private Anbieter bis 2025 das

österreichische Verkehrsnetz ausreichend mit Wasserstoff-Tankmöglichkeiten ausstatten.

4. Österreich soll bis 2030 Strom zu 100% aus erneuerbarer Energie produzieren

Österreich ist jetzt schon internationaler Vorreiter bei der Produktion von Strom aus erneuerbaren Ressourcen. Mehr als 80% des Stroms in Österreich wird aus erneuerbaren Ressourcen erzeugt (der Großteil davon aus Wasserkraft). Wir haben uns als Land gegen die Produktion von Atomstrom entschieden – das war gut so. Damit wir bis 2030 100% des Stroms aus erneuerbaren Ressourcen erzeugen können, liegt noch einiges vor uns:

- **Weitere Möglichkeiten für Strom aus Wasserkraft ausloten:** Wasserkraft ist eine der saubersten Formen, Strom zu produzieren und auch zu speichern. Österreich ist ein Vorzeigeland, was die Stromproduktion aus Wasserkraft betrifft. Wir wollen auf diese Stärken bauen und Österreichs Kapazität für Strom aus Wasserkraft noch erweitern.
- **Energieerzeugung aus Wind-, Sonnenkraft und Biomasse weiter ausbauen:** Damit wir unser Ziel erreichen, braucht es auch verstärkt Energieerzeugung aus Wind-, Sonnenkraft und Biomasse. Beim Ausbau und bei der Förderung neuer Kapazitäten ist verstärkt auf wettbewerbsorientierte Verfahren zu setzen.
- **Dezentrale Energieversorgung forcieren:** Durch Digitalisierung werden auch neue Möglichkeiten in der Stromversorgung geschaffen. Durch sogenannte „Microgrids“ und digitale erneuerbare Energiegemeinschaften kann Versorgungssicherheit in einzelnen Gebieten geschaffen und die Abhängigkeit vom Gesamtnetz abgebaut werden. Damit bringen wir die Energiewende in die ländlichen Räume.
- **Kein Atomstrom, Ausstieg aus Kohlestrom:** Österreich hat sich bereits Ende der 70er Jahre klar gegen die Produktion von Atomstrom auf österreichischem Boden ausgesprochen. Auch in Zukunft wollen wir es nicht zulassen, dass Strom aus Atomkraft in Österreich produziert wird. Darüber hinaus hat Österreich beschlossen, als eines der ersten Industrieländer weltweit, bis 2020 gänzlich aus dem Kohlestrom auszusteigen. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen.

5. Wir starten eine großangelegte Innovationsoffensive

Wir als neue Volkspartei sind überzeugt, dass Nachhaltigkeit und Wirtschaft einander nicht ausschließen. Im Gegenteil: Sie unterstützen einander. Für erfolgreichen Klima- und Umweltschutz müssen wir uns nicht nur konkrete Ziele setzen und unser Verhalten ändern, wir brauchen auch **neue, innovative Technologien**. Bei der Entwicklung dieser Technologien können und sollen die österreichische Wirtschaft und Forschung eine Vorreiterrolle spielen, nicht nur in Österreich, sondern auch international. Davon profitieren wir alle: durch verringerte Schadstoffemissionen auf der einen Seite sowie durch wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze auf der anderen Seite.

Um unsere Ziele zu erreichen und mit Leben zu füllen, braucht es vor allem Innovation aus der heimischen Wirtschaft und Forschung. Österreich ist bereits heute ein führender Forschungsstandort. Mit einer Forschungsquote von knapp 3,2% sind wir an zweitbesten Stelle in Europa. Diese Stärke müssen wir nun auch vermehrt für den Klima- und

Umweltschutz einsetzen. Österreichische Unternehmen und Forschungsinstitutionen können und sollen bei der Gestaltung dieser Zukunft eine führende Rolle einnehmen. So können wir sicherstellen, dass Österreich internationaler Spitzenreiter in Innovation für Klima- und Umweltschutz wird und dieses Know-how auch unseren Exportstandort weiter stärkt.

- **Aufstockung Forschungsprämie:** Die Forschungsprämie macht es möglich, dass heimische Unternehmen 14% ihrer Forschungsausgaben von der Steuer gutgeschrieben bekommen. Wir wollen diese Prämie für klimarelevante Technologien erhöhen. Künftig sollen Unternehmen in Österreich bis zu **18%** ihrer Forschungsausgaben von der Steuer gutgeschrieben bekommen, wenn diese klimarelevanten Technologien zugutekommen, wie etwa der E-Mobilität, der Wind-, Wasser-, Bio- und Solarenergie oder der Energiegewinnung aus Wasserstoff.
- **Attraktivierung des Forschungsstandortes:** Wir wollen die Attraktivität des Forschungsstandortes Österreich für die wissenschaftliche Grundlagenforschung in klimarelevanten Technologien stärken. Die Mittel für Grundlagenforschung und angewandte Forschung müssen dafür entsprechend angepasst werden. Auch soll der Zuzug von internationalen Forscherinnen und Forschern erleichtert werden, durch eine Rot-Weiß-Rot-Card für hochqualifizierte Klimawissenschaftler/innen aus Theorie und Praxis.
- **Beteiligung an europäischen Großprojekten:** Besonders in den Bereichen E-Mobilität und Energiegewinnung aus Wasserstoff wollen wir auch erreichen, dass Österreich an großangelegten, europaweiten Forschungsinitiativen teilnimmt, die im kommenden Jahr ausgeschrieben werden (sog. Important Projects of Common European Interest, kurz IPCEI). So können wir sicherstellen, dass künftige Wertschöpfung und Arbeitsplätze in diesen Zukunftsfeldern in Österreich bleiben und nicht abwandern.
- **Schaffung Innovationsfonds und Green Finance:** Für die Unterstützung kleiner Unternehmen und innovativer Start-ups soll ein Innovationsfonds nach internationalem Vorbild geschaffen werden, der private und öffentliche Gelder für die Wachstumsfinanzierung einsetzt. Weiters sollen innovative „Green Finance“-Modelle, die klimarelevanten Unternehmen und Projekten günstige Finanzierung bieten, weiter ausgebaut und die Rahmenbedingungen verbessert werden.

6. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung

In den meisten Bereichen, vom Verkehr über die Energieversorgung bis hin zum Wohnen, wird natürlich die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielen und neue Chancen eröffnen.

- **Autonomes Fahren:** Wenn Österreich seine starke Position in der Automobilindustrie nutzt, um europäischer Vorreiter im autonomen Fahren zu werden, dann eröffnet das große Effizienzpotentiale in der Autonutzung („car sharing“ und „on-demand services“).
- **Effiziente Anbindung:** Ebenso kann die Digitalisierung dabei helfen, den öffentlichen Verkehr vor allem im ländlichen Bereich noch besser an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen – so dass der Bus immer dann da ist, wenn er von den Menschen am meisten gebraucht wird.

- **Intelligente Netzwerke:** In der Energieversorgung sollen Testregionen zu intelligenten Netzwerken [sogenannte „Smart Grids“] ausgebaut werden, um Energieeffizienz und Versorgungssicherheit weiter zu verbessern. Jede und jeder Einzelne soll auch in den eigenen vier Wänden davon profitieren können. Man stelle sich vor: Man programmiert die Waschmaschine in der Früh für einen bestimmten Waschgang und dieser wird untertags genau dann ausgeführt, wenn die meiste Wind- oder Solarenergie verfügbar ist. Das und noch viel mehr soll in naher Zukunft möglich sein.

7. Wir setzen uns auf internationaler Ebene ein für CO₂-Zölle und Besteuerung von Kerosin und Schiffsdiesel

Wenn wir unserer globalen Verantwortung im Klima- und Umweltschutz gerecht werden wollen, dann müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen und internationale Standards setzen. Gleichzeitig müssen wir aber auch das große Ganze im Auge behalten. Denn Klima- und Umweltschutz kann nur dann wirklich gelingen, wenn die ganze Welt zusammenarbeitet.

Weltweit werden pro Jahr knapp über 50 Milliarden Tonnen an Treibhausgasen ausgestoßen. Supermächte wie die USA oder China emittieren jeweils mehr als 6 bzw. 12 Milliarden Tonnen pro Jahr und in der EU sind es etwa 4 Milliarden Tonnen pro Jahr. Österreich stößt davon jährlich etwa 80 Millionen Tonnen aus. Wir müssen als Österreich, und vor allem als Europäische Union, daher mit unseren internationalen Partnern zusammenarbeiten, damit sich alle Länder, besonders die großen Industrienationen, in Richtung CO₂-Neutralität entwickeln.

Wenn Europa in diesen Bereichen mit gutem Beispiel vorangeht, kann sich auch weltweit einiges ändern. Denn trotz der Größe der Herausforderung sollten wir unseren Handlungsspielraum als EU nicht unterschätzen: Wir sind mit mehr als 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der größte Binnenmarkt der Welt, mit knapp einem Viertel der globalen Wirtschaftskraft. Wenn wir unseren Einfluss positiv geltend machen, dann können wir, gemeinsam mit unseren internationalen Partnern, unser Klima und unsere Umwelt auch für künftige Generationen bewahren. Das ist unsere Verantwortung.

- **Klare politische Linie:** Das gemeinsame Einhalten des Pariser Klimaabkommens muss internationaler Standard bleiben. Alle kommenden Handelsabkommen zwischen der EU und anderen Regionen sollen auch auf dieses Ziel ausgerichtet sein.
- **Technologischer Austausch:** Wir sehen bereits heute, dass Technologien im Bereich der erneuerbaren Energie aus Europa (und besonders aus Österreich) in weiten Teilen Asiens und Nordamerikas auf große Nachfrage stoßen. Genauso kann die europäische Industrie in bestimmten Schlüsselbereichen, wie etwa Batterien für die E-Mobilität, von internationalen Partnern lernen. Diesen Austausch sollten wir weiter ausbauen – in beide Richtungen.
- **CO₂-Zölle:** Es braucht weltweit mehr klima- und umweltpolitische Fairness: Für Importe in den europäischen Binnenmarkt aus Drittstaaten, die den nötigen Standards im Klima- und Umweltschutz nicht entsprechen, sollten, in Abstimmung mit der WTO, CO₂-Zölle eingeführt werden.

- **Mindeststandards:** Bestimmte klima- und umweltschädliche Produkte, wie etwa Palmöl, sollten nur noch aus ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft in die EU importiert werden dürfen.
- **Kerosin und Schiffsdiesel:** Wir wollen eine verursachergerechte Besteuerung von Kraftstoffen im Flugverkehr und in der Schifffahrt: Dafür ist international akkordiertes Handeln nötig – zumindest auf europäischer Ebene. Ein Land alleine kann hier wenig ausrichten und würde durch einseitiges Handeln sogar riskieren, dass der eigene Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb leidet, ohne dass CO₂-Emissionen insgesamt reduziert würden.
- **Europäischer Luftraum:** Bestehende europäische Initiativen, wie etwa das Single European Sky Projekt, sollen umgesetzt werden, um die Flugdistanzen innerhalb Europas zu reduzieren. Das spart Zeit, Treibstoff und Emissionen.